

Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU	08. Oktober 2016
Antrag-Nr. 2 Antrag-Name: Paralleljustiz	Beschluss: X Zustimmung θ Ablehnung θ Überweisung θ Änderung
Antragsteller: Bundesminister Christian Schmidt MdB (EAK- Landesvorsitzender) und Dr. Silke Lounert MdB (stellv. EAK-Landesvorsitzende)	

1

2

3 **Die Landesversammlung möge beschließen:**

4

5 Die CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestages und die Mitglieder der CSU-Fraktion im
6 Bayerischen Landtag werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Entstehung von
7 „Paralleljustiz“ zu verhindern. Sie sollen dafür Sorge tragen, dass sich in Deutschland keine
8 Rechtsräume jenseits unserer demokratischen Rechtsordnung bilden.

9

10 **Begründung:**

11 Regelmäßig stoßen Polizei und Justiz in Deutschland auf interne Konfliktlösung und
12 Beilegung von Streitigkeiten oder Straftaten, außerhalb der deutschen Rechtsordnung. Auch
13 wenn nur Einzelfälle bekannt sind und bislang keine belastbaren Zahlen vorliegen, ist davon
14 auszugehen, dass es ein größeres Dunkelfeld gibt.

15

16 Paralleljustiz taucht vor allem im Bereich des Familien- und des Strafrechts auf, aber
17 zunehmend auch in allen anderen Rechtsbereichen. Rechtsprechung und Ahndung von
18 Straftaten liegen dann zum Beispiel in der Hand sogenannter Friedensrichter – und richten
19 sich nach den Regeln des islamischen Kulturkreises. Die Friedensrichter schließen
20 Kompromisse zwischen Tätern und Opfern. Am Ende dieser Schlichtungen steht die
21 Kompensation einer Geldzahlung. Im Gegenzug zieht das Opfer meist seine Aussagen im
22 weiteren Verlauf eines vor deutschen Gerichten stattfindenden Strafprozesses zurück.
23 Dahinter steht oft die systematische Beeinflussung und Erpressung von Zeugen mit dem Ziel
24 einer Strafvereitelung.

25

26 Die Fälle von Paralleljustiz im Familienrecht betreffen vorwiegend Ehe- und
27 Kindschaftssachen sowie erbrechtliche Angelegenheiten. Dabei kommt es zu oft schweren
28 Verstößen gegen die deutsche Rechtsordnung. Insbesondere wird der Grundsatz der
29 Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet. Familienkonflikte werden in den
30 entsprechenden Kulturkreisen nicht öffentlich ausgetragen, da dies einen Ehrverlust

31 bedeutet. Betroffen sind vor allem Frauen, die in den patriarchalischen Systemen
32 diskriminiert und von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden. Fehlende
33 Kenntnisse vom deutschen Rechts- und Sozialhilfesystem führen dazu, dass sie sich nicht
34 gegen die Entscheidungen wehren.

35
36 Solche Entwicklungen stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage. Überdies ist gerade das
37 Recht ein wichtiger Schlüssel der Gesellschaftspolitik, da es gesellschaftliche Strukturen
38 wiedergibt und diese aber auch beeinflussen kann. Die deutsche Rechtsordnung muss daher
39 von jedem, der hier lebt anerkannt und respektiert werden.

40
41 Gerade jedoch aufgrund der zunehmenden Anzahl der Migrantinnen und Migranten besteht
42 die begründete Sorge, dass sich Fälle von nicht demokratisch legitimierter außergerichtlicher
43 Streitbeilegung verstärken. Einen weiteren Grund zur Sorge liefert die Veröffentlichung einer
44 Studie der Universität Münster „Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen
45 in Deutschland“. Der Aussage „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich
46 wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe“ stimmten 47 Prozent der Befragten
47 zu. Auch geringe Kenntnisse der deutschen Rechtsordnung und wenig Vertrauen in die Justiz
48 begünstigen die Entstehung von Parallelstrukturen.

49
50 Im Koalitionsvertrag haben sich die Parteien darauf verständigt, das
51 Rechtsprechungsmonopol des Staates zu stärken und illegale Paralleljustiz nicht zu dulden.

52
53 Bayern hat sich bereits früh mit dem Problem der Paralleljustiz befasst und unter anderem
54 2011 einen Runden Tisch „Paralleljustiz“ mit verschiedenen Experten eingerichtet.
55 Beispielhaft ist auch, dass Bayern grundlegende Informationen zu Rechtsschutzangeboten in
56 verschiedenen Sprachen für die Bevölkerung zur Verfügung stellt und Angehörige der Justiz
57 für das Thema in Fortbildungen sensibilisiert.

58
59 Der EAK ist überzeugt davon, dass langfristig eine erfolgreiche Integration der Schlüssel ist,
60 um das Vertrauen in die deutsche Justiz und die Akzeptanz der deutschen Wertvorstellungen
61 zu stärken.

62
63 Zu ergreifende Maßnahmen können sein¹:
64 - Ausweitung der frühen richterlichen Vernehmung in Strafverfahren: So kann
65 verhindert werden, dass sich unter Druck gesetzte Zeugen später unter Berufung auf
66 § 55 StPO einer gerichtlichen Aussage entziehen.
67 - Aufklärung über die deutsche Rechtsordnung in speziellem Unterricht in
68 Flüchtlingsunterkünften (Rechtskunde und Politische Bildung).

¹ S. Tagungsbericht „Paralleljustiz“ der Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung am 6. April 2016 in München / http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/160407_Paralleljustiz_Tagungsbericht.pdf / zuletzt abgerufen am 13.09.2016

69 - Verstärktes Ansprechen von Opfern, um diese zu ermutigen, sich der Justiz
70 anzuvertrauen. Hier können insbesondere auch Nichtregierungsorganisationen mit
71 Kontakt in die Szene bei der Vermittlung helfen.